

Zur Frühdiagnostik von Stottern – ein Kampf gegen Windmühlen?

Von Dr. Matthias Kremer – Vorsitzender der BVSS

Liebe Mitglieder,

wie ihr wisst, ist mir das Thema „Stottern und Schule“ ein sehr großes Anliegen. Dieses habe ich daher in den letzten Monaten mit besonderer Aktivität verfolgt, um endlich einen Schritt in dieser Sache weiterzukommen. Ich möchte euch nun den aktuellen Stand der Dinge schildern.

Die Problematik der „Sonderpädagogischen Förderung“

Das Saarland dient uns nicht zuletzt wegen seiner geringen Größe als Modellregion, um festzustellen, welche grundsätzlichen Defizite in der Versorgung stotternder Menschen bestehen und was realistisch an Maßnahmen gefordert/umgesetzt werden kann. Einwände aus der Vergangenheit, dass das Saarland mit nicht einmal 1 Mio. Einwohner gerade mal so viele Einwohner hat wie ein Kölner Stadtteil und deshalb für Pilotprojekte ungeeignet sei, sind nicht richtig. Denn das Saarland ist mit seinen 6 Landkreisen ein Bundesland „en miniature“, welches die gleichen Strukturen aufweist wie jedes andere deutsche Bundesland, es ist eben nur deutlich kleiner und damit für Modell- und Pilotprojekte prädestiniert.

2007 beantragten im Saarland mit unserer Hilfe über 20 Elternpaare erstmalig für ihre stotternden Kinder „sonderpädagogische Förderung durch Integration“ in der Regelschule. Diese Förderung beinhaltet, dass im besten Falle ein Sprachheilpädagoge wöchentlich die Schule und die Lehrer im Umgang mit dem stotternden

Schülern beraten, den Transfer von in der Therapie Erlerntem in die Schule ermöglichen, Hänseleien und Mobbing verhindern und schließlich für einen spezifischen auf das stotternde Kind ausgerichteten Nachteilsausgleich sorgen und auf dessen Einhaltung achten soll. Die meisten Kinder/Jugendlichen werden zur Zeit in den Sekundarschulen, vor allem in Gymnasien, auf diese Weise begleitet.

Die angespannte personelle Situation und auch die oft nicht ausreichende Qualifikation der Sonderpädagogen führt allerdings zu deutlichen Problemen, so dass die Erwartungen der Eltern an die Maßnahmen nur teilweise erfüllt werden. Es ist schon eine Bemerkung wert, dass man über 20 Jahre nach den *„Empfehlungen zur sonderpädagogischen Förderung in den Schulen der BRD – Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 06.05.1994“* und den *„Empfehlungen zum Förderungsschwerpunkt Sprache – Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 26.06.1998“* im Falle von Stottern im Jahre 2008 konzeptionell bei nahezu Null beginnt. Man könnte, wenn die Sprachheilpädagogik die grundsätzliche Förderungsbedürftigkeit eines stotternden Schülers in der Regelschule frühzeitig erkannt hätte, heute auf einen 20-jährigen Erfahrungsschatz bzgl. der integrativen Begleitung stotternder Schüler zurückgreifen. Nebenbei hätte man Heerscharen von stotternden Schülern (so auch mir) erheblichen Leidensdruck ersparen können. Nun, dies ist leider nicht mehr zu ändern, wir müssen in die Zukunft sehen,

doch muss es erlaubt sein, darauf hinzuweisen.

Die Ergebnisse der saarl. Begleitungen stehen noch aus, denn die Erfahrungsberichte der Eltern liegen uns noch nicht geschlossen vor. Einzelne Gymnasien haben sich einer sonderpädagogischen Förderung stotternder Schüler verweigert und die Eltern soweit beeinflusst, dass sie von einer Beantragung einer derartigen Maßnahme absahen, bzw. bereits genehmigte Maßnahmen nicht mehr in Anspruch nahmen. Beispielsweise versicherte die Schulleitung eines Saarlouiser Gymnasiums den Eltern, das Lehrpersonal selbst „logopädisch“ fortzubilden. Die Eltern haben dies „akzeptiert“. Dies zeigt, mit welchen Problematiken grundsätzlich auch aus dieser Richtung in Zukunft gerechnet werden muss. Deshalb ist das von uns bei Prof. Dr. Ennuschat und PD Dr. Rux in Auftrag gegebene Rechtsgutachten von großer Bedeutung, um in solchen Fällen klarer und öffentlich Position beziehen zu können.

Über die wichtigen Erfahrungen, die wir diesbezüglich zur Zeit an der Saar sammeln, werden wir in einem der nächsten Hefte berichten. Im Grundsatz sind wir in dieser Sache also vorangekommen.

Die Problematik der Frühdiagnostik

Nicht vorangekommen sind wir bis 09/2008 beim Thema Frühdiagnostik, d.h. der Diagnostik in den Vorsorgeuntersuchungen der Kinderärzte (U8/U9) und in den Schuleingangsuntersuchungen der Gesundheitsämter. Unser Standpunkt ist so klar wie verständlich: Eine sichere und frühzeitige Diagnostik ist unabdingbare Voraussetzung dafür, dass stotternde Kinder rechtzeitig in Therapie kommen, nur dann sind die Heilungschancen ausreichend hoch. Eine Diagnostik Stottern in den Einschulungsuntersuchungen ist die letzte Sicherungsmaßnahme, um zu verhindern, dass ein stotterndes Kind unerkannt in eine nicht vorbereitete Grundschule kommt. Und das sollte es tunlichst nicht, da sind sich die Fachschaften einig.

Bereits im März 2007 habe ich mit Prof. Dr. Jürgen Benecken im Saarland zur Problematik informiert und zu diesem Thema gemeinsam mit Frau Prof. Dr. Katrin Neumann im saarl. Gesundheitsministerium vorgesprochen und dort auch die Problematik der Früherkennung diskutiert. Leider blieb es dann zunächst bei Willensbekundungen. Schließlich wurde uns über ein Jahr später über ein saarl. Gesundheitsamt signalisiert, dass man keinen Handlungsbedarf sehen würde.

Woraus schließen wir, dass unbedingt gehandelt werden muss? Alle bisherigen Publikationen weisen für Vorschulkinder eine Prävalenzrate von etwa 5% aus. Die Zahl 5% ist ein statistischer Wert, der in verschiedenen Einzeluntersuchungen in unterschiedlichen Ländern ermittelt wurde. Im Laufe der Schulzeit verringert sich die Quote dann auf die bekannten 1% stotternder Erwachsener (allerdings nicht linear sondern nahe exponentiell). Über die gesamte Schulzeit gesehen stottern etwa 1,4% aller Schüler (in der Grundschule sicher 3 bis 4%), das sind etwa 130.000 stotternde Schüler in Deutschland. In Hessen wurden in 2007/2008 alle 4 bis 4 1/2 jährigen Kinder einer Stotterdiagnostik durch Erzieherinnen unterzogen. Hier ergab sich erwartungsgemäß eine Häufigkeit von 4,1%. In unserer „Modellregion“ Saarland konnte (wollte) man uns trotz wiederholter Nachfrage zunächst keine Prävalenzraten aus den Schuleingangsuntersuchungen nennen. Über die Saarbrücker Zeitung (!) wurde uns die Information zugespielt, dass von über 8.000 5 bis 5 1/2 jährigen Vorschulkindern in den Schuleingangsuntersuchungen 20 Kinder (!) als stotternd aufgefallen seien (d.h. unter 0,25 %). Legt man die bekannten Prävalenzraten zugrunde, wurden im Saarland fast 300 stotternde Vorschulkinder übersehen und befinden sich seit ihrem 1. Schultag (11. August 2008) in irgendwelchen unvorbereiteten Grundschulen. Die Eltern dieser Kinder haben nicht einmal eine Ahnung vom potentiellen Einfluss der Schule auf die progressive Entwicklung des Stotterns ihres Kindes. Die Folgen

für diese Kinder sind unabsehbar.

Ebenso erschreckend wie ärgerlich ist dabei die Tatsache, dass nur 20 stotternde Kinder gefunden wurden, obwohl zur Schuleingangsdiagnostik das gelbe Vorsorgeheft des Kinderarztes herangezogen wurde. In der U8 (4 Jahre) und in der U9 (5 1/2 Jahre) ist auf dem Vorsorgeuntersuchungsbogen eine Rubrik „Erfragte Befunde“ und dort zum Ankreuzen der Punkt „Aussprachestörungen“, u.a. „Stottern“ zu finden. Dies bedeutet, dass auch in den saarl. U8- bzw. U9-Untersuchungen der Kinderärzte mindestens 300 stotternde Kinder nicht entdeckt wurden. Wir haben mittlerweile Informationen aus Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Bayern, dass in den dortigen Vorsorgeuntersuchungen ähnlich wenige stotternde Kinder auffallen sollen.

Liebe Mitglieder, ich hätte Verständnis, wenn es sich beim Stottern um eine neue, um eine bisher wenig bekannte und erforschte Störung handeln würde, wie beispielsweise ADHS, Legasthenie usw.. Da dies ja nun beim Stottern wahrlich nicht der Fall ist, fällt es mir schwer, in den Erklärungsversuchen der beteiligten Fachschaften irgendeine Sinnhaftigkeit zu erkennen.

Protestaktion im Saarland

Mit diesen Erfahrungen und Informationen hat der Vorstand der BVSS beschlossen, in einzelnen und begründeten Fällen künftig auch Protestaktionen zur Durchsetzung von elementaren Anliegen durchzuführen. Im vorliegenden Falle der Defizite im Bereich der Frühdiagnostik sahen wir die Voraussetzungen dafür gegeben. Mittels eines Flugblattes haben wir etwa 1500 ausgewählte Adressaten über die Problematik u. a. mittels Stellungnahmen von Frau Prof. Dr. K. Neumann, Prof. Dr. Benecken, Dr. Martin Sommer und dem saarl. Stottertherapeuten C. Welsch informiert: Die Infoschreiben gingen an alle saarl. Grundschulen, Kitas, Verbände, Ärzte, Krankenhäuser, Therapeuten usw., alle Regierungsmitglieder und Landtagsabgeordneten mit der Bitte um Kennt-

nisnahme und Befürwortung unserer Anliegen. Gleichzeitig haben wir die Stellungnahmen der Verbände *Deutscher Bundesverband für Logopädie (dbl)*, *Deutsche Gesellschaft für Phoniatrie und Pädaudiologie (DGPP)* und *Deutsche Gesellschaft für Sprach- und Stimmheilkunde (DGSS)* an die Fraktionen im saarl. Landtag weitergeleitet. Mir ist natürlich bewusst, dass man mit einer derartigen offensiven Vorgehensweise bei den Entscheidungsträgern einen gewissen Druck mit den bekannten möglichen Folgen erzeugt. Doch bin ich der Ansicht, dass wir das Gewicht und die Möglichkeiten der BV in dieser Weise dann einsetzen müssen, wenn sich abzeichnet, dass wir nur mit einer derartigen Maßnahme elementare Ziele mit weitreichender Bedeutung erreichen können. Ich versichere euch, dass wir in dieser Richtung künftig behutsam vorgehen werden.

Eine Woche nach Aktionsbeginn luden die im Landtag vertretenen Fraktionen in den saarl. Landtag ein, mit dem Ziel, „sich die Problematik näher erläutern zu lassen“. Die SPD-Opposition beantragte zudem zeitgleich eine parlamentarische Anfrage an die saarl. Landesregierung zur Thematik. Am 26.08. (CDU) 28.08. (FDP) und am 09.09. (SPD) konnte ich im saarl. Landtag den Fraktionen zum Thema vortragen und im Anschluss Fragen der Abgeordneten beantworten. Am 11.09.2008 erreichte uns dann ein Brief des saarl. Gesundheitsministers, in dem dieser Kooperationsbereitschaft signalisierte. Zeitgleich kam per Email die Mitteilung der CDU-Fraktion, dass man von der Problematik überzeugt wurde und diesbezügliche Rücksprache mit dem Minister gehalten habe. Einen Tag später am 12.09. verließ eine Pressemitteilung das saarl. Gesundheitsministerium mit dem Titel: *„Land will Vorschüler auf Stottern testen – Einschulungsuntersuchung wird erweitert“*, die am 13.09. in der Saarbrücker Zeitung im Landesteil auf der Titelseite erschien und am 07.10. in einem weiteren Artikel mit Stellungnahmen saarl. Eltern näher erläutert wurde.

Wie geht es weiter ?

Nun ist dies erst einmal lediglich ein Bekenntnis und als solches fassen wir dieses auch auf. Wir haben der saarl. Landesregierung am 22.09.08 über den Landesarzt Dr. Just angeboten, mit Frau Prof. Dr. Neumann (ärztlicher Part), Dr. Patricia Sandrieser (logopädischer Part) und Angelika Schindler (sprachtherapeutischer/sonderpädagogischer Part) ein Konzept für die Diagnostik und die sonderpäd. Vorbereitung für die aufnehmenden Grundschule bereitzustellen. Noch haben wir diesbezüglich keine Rückantwort !

Liebe Mitglieder: Wir kümmern uns seit Jahrzehnten um die Symptome einer Fehlversorgung,

sowohl im Bereich der Früherkennung, der therapeutischen Versorgung als auch in der Beschulung stotternder Kinder. Es ist an der Zeit, sich effektiver den Ursachen der Missstände anzunehmen. Und ich meine, der Bundesvereinigung ist im Saarland ein wichtiger Schritt in diese Richtung gelungen, der Modellcharakter haben könnte. Diesen Weg gilt es nun in den übrigen Bundesländern mit der gleichen Konsequenz zu beschreiten.

Anm.: Flugblatt, Stellungnahmen und Presseartikel sind auf der BVSS-Website hinterlegt

Köln, im Oktober 2008

